



<p>Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2023</p> <p>Wie sollten die Direktzahlungen ab 2023 ausgestaltet werden (Degression, Kappung, gekoppelte Zahlungen, Auslauftermin ...)?</p>	<p>Unsere Landwirte brauchen weiterhin ein Fundament an Direktzahlungen. Besonders wichtig sind uns höhere Direktzahlungen für die ersten Hektare, um die kleinen und mittleren Betriebe angemessen zu fördern. Darüber hinaus setzen wir uns für eine erweiterte Junglandwirteprämie ein. Die Ökoregelungen (Eco-Schemes) sollen praxisgerecht und attraktiv ausgestaltet werden und bestehende Programme nicht aushebeln. Dabei soll die Umsetzung unbürokratisch sein.</p>		<p>Die großen Herausforderungen für unsere Landwirtschaft lassen sich mit den bisherigen Direktzahlungen nicht bewältigen. Für die SPD ist es ein wichtiges Anliegen, gesellschaftliche Leistungen angemessen zu honorieren. Ab 2022 werden 25 Prozent der Direktzahlungen für die neuen Ökoregelungen (Eco-Schemes) eingesetzt. Ab 2023 werden 10 Prozent, ab 2026 werden 15 Prozent der ersten Säule in die zweite Säule umgeschichtet.</p>	<p>Statt einem „Weiter so“ benötigen wir eine grundlegende Reform der Agrarpolitik, die vor allem das Fortbestehen familiengeführter Höfe sichert. Die Ausgestaltung der Agrarförderung wollen wir zurück in das deutsche Parlament holen. Langfristig sollen die Bauern ihr Einkommen wieder am Markt verdienen können. Dazu wollen wir die Produktionskosten durch eine Deregulierung unverhältnismäßiger und praxisfremder Auflagen senken und die Erzeugerpreise erhöhen.</p>
<p>Insektenschutz</p> <p>Wie lässt sich der Insektenschutz wirksam realisieren?</p>	<p>Wirksamer Insektenschutz funktioniert dort am besten, wo Landwirte, Naturschützer und Politik kooperieren. Es bedarf nur weniger ordnungsrechtlicher Vorgaben, sondern vielmehr Anreize und Fördermittel. Und da, wo Ordnungsrecht unumgänglich ist, muss für Land- und Forstwirte die finanzielle Förderfähigkeit erhalten bleiben und ein finanzieller Ausgleich für Bewirtschaftungseinschränkungen gewährt werden.</p>		<p>Mit der Verabschiedung des Insektenschutzgesetzes und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung wurden die ersten Schritte getan. Die Reduzierung der Lichtverschmutzung, die Einschränkung beziehungsweise das Verbot des Biozid- und Glyphosateinsatzes und die Ausweitung des gesetzlichen Biotopschutzes auf wichtige Insektenlebensräume sind wichtige Maßnahmen. Insektenschutz muss sowohl in urbanen Räumen als auch „auf dem Land“ stattfinden.</p>	<p>Insektenschutz kann nur gemeinsam mit wirtschaftlich starken bäuerlichen Betrieben funktionieren. Wir setzen auf einkommenswirksame Anreize statt Verbote. Das Insektenschutzpaket in seiner jetzigen Form schützt nicht unsere Insektenwelt, sondern fördert den Import von Nahrungsmitteln aus Ländern mit weit niedrigeren Umweltstandards. Die Ausweitung des gesetzlichen Biotopschutzes sowie Pflanzenschutzmittelverbote und -einschränkungen lehnen wir ab.</p>
<p>Bodenmarkt</p> <p>Wie können aktive und regionale landwirtschaftliche Betriebe am Bodenmarkt gestärkt werden?</p>	<p>Der Bund soll weiterhin eine unterstützende, koordinierende Funktion übernehmen. Ziel ist eine Modernisierung der Gesetze in den Ländern, namentlich des Grundstücksverkehrsgesetzes und des Landpachtverkehrsgesetzes. Alle bodenrelevanten Rechtsgeschäfte, auch Anteilerwerbe, sollen einer Genehmigungspflicht unterworfen werden. Die Grunderwerbsteuer für landwirtschaftliche Flächen soll aufgehoben und der Flächenverbrauch reduziert werden.</p>		<p>Die deutsche Bodenpolitik muss gegen Investoren ohne Agrarbezug und Spekulationen vorgehen. Dabei nehmen die Kommunen eine Schlüsselrolle ein. Mit der Verabschiedung des Baulandmobilisierungsgesetzes haben wir ihre Handlungsmöglichkeiten gestärkt. Außerdem wurde die Gebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt, um das Nebeneinander von Wohnen und landwirtschaftlichen Betrieben sowie gewerblicher Nutzung in Dörfern zu erleichtern.</p>	<p>Für uns ist klar, dass der Bodenmarkt stärker zugunsten aktiver und ansässiger Landwirte reguliert werden muss. Hierzu müssen geeignete Instrumente innerhalb der GAP entwickelt werden, um den Landkauf durch landwirtschaftsferne Investoren möglichst gering zu halten. Ein Beispiel hierfür wäre die Bindung von Agrarsubventionen an Faktoren wie die Ortsansässigkeit.</p>
<p>Schutz vor Weidetieren</p> <p>Sollte der Wolf regulär bejagt werden können?</p>	<p>Herdenschutzmaßnahmen reichen insbesondere für die Wanderschäfererei und die Beweidung von Deichen, Küsten- und Berggebieten nicht aus. Deshalb soll der strenge Schutzstatus im europäischen Naturschutzrecht überprüft und geändert werden. Deutschland soll eine Untergrenze für den guten Erhaltungszustand festlegen. Darauf aufbauend können regionale Managementpläne im Bedarfsfall ein systematisches Bestandsmanagement des Wolfs ermöglichen.</p>		<p>Der Wolf hat den guten Erhaltungszustand in Deutschland noch nicht erreicht. Bei einer Aufnahme ins Jagdrecht würde er ganzjährige Schonzeit genießen. Es ist bereits jetzt möglich, „auffällige“ Wölfe zu schießen. Eine reguläre Jagd würde nur dazu führen, dass frei gewordene Reviere wieder von anderen Tieren besetzt werden. Wir halten einen wirksamen Herdenschutz, der jetzt großzügig gefördert wird, für ein wirksames Mittel, um eine Koexistenz zu ermöglichen.</p>	<p>Ja, das sollte er. Der Wolf ist ein Raubtier, das zu immer höheren Nutztierverlusten bei Landwirten führt. Die Unsicherheiten und Ängste der Menschen, speziell in ländlichen Regionen, müssen ernst genommen werden. Unsere Fürsorgepflicht gilt für unsere Weidetiere in gleichem Maße wie für den Wolf. Die AfD fordert den Einstieg in eine Bestandsregulierung und die Ausweisung von wolfsfreien Gebieten.</p>
<p>Zukunft der Betriebe</p> <p>Sollte die Politik versuchen, den Strukturwandel zu steuern?</p>	<p>Strukturbrüche wollen wir verhindern. Mit uns wird es keine neuen Anforderungen ohne Übergangsfristen und Fördermaßnahmen geben. Wir werden die Empfehlungen der Borchert-Kommission umsetzen, den Bau von Tierwohlställen fördern und ein rechtssicheres Finanzierungsmodell verankern. Privatwirtschaftliche Vertrags- und Geschäftsmodelle für Biodiversität und CO₂-Bindung sollen neben den Eco-Schemes die Leistungen der Landwirte anerkennen.</p>		<p>Wir wollen die ländlichen Räume als Heimat von fast 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands attraktiv, lebenswert und modern gestalten. Mit der nationalen Umsetzung der GAP und der Politik für die ländlichen Räume können wir das dringende notwendige ökologische Wachstum voranbringen und wesentliche Beiträge für die Lebensqualität der Menschen und die Daseinsvorsorge sowie für Bildung und attraktives Wohnen auf dem Land leisten.</p>	<p>Ein starker, freier und unabhängiger Bauernstand ist der beste Garant für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat und ein wichtiger Teil unserer Kultur. Deutschland ist in seiner Lebenswelt und seinem enormen Reichtum an Naturschönheiten darauf angewiesen, den bäuerlichen Familienbetrieben und Genossenschaften eine Zukunft zu geben. Es ist Aufgabe der Politik, die heimischen Familienbetriebe und Genossenschaften zu schützen und zu erhalten.</p>
<p>Marktmacht</p> <p>Wie kann die Position der Landwirte in der Lebensmittelkette gestärkt werden?</p>	<p>Wir wollen eine nationale Lebensmittel- und Agrarmarketingagentur einrichten. Sie soll für regionale Produkte und unsere hohen Standards werben. Die Entwicklungen durch die umgesetzte UTP-Richtlinie werden wir intensiv begleiten und – wenn nötig – weiter regulierend eingreifen. Außerdem braucht die Land- und Lebensmittelwirtschaft eine Koordinationsstelle. Kartellrechtlich absichern wollen wir die stärkere Beteiligung der Landwirte an der Wertschöpfung.</p>		<p>Um die Position der Landwirte und Zulieferer zu stärken, die Marktmacht der großen Lebensmitteleinzelhändler zu begrenzen und unlauteren Vertragsbedingungen entgegenzutreten, haben SPD und Union mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie in nationales Recht eine Reihe von unfairen Handelspraktiken verboten. Zudem hat die SPD die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für mehr Fairness in der Lebensmittelkette durchgesetzt.</p>	<p>Die Möglichkeiten der Kooperation müssen Bauern besser nutzen. So sind Erzeugergemeinschaften beispielsweise vom Paragraph 1 des Kartellgesetzes freigestellt, wodurch sie Preisabsprachen und Preisbindungen treffen können. Die Direktvermarktung muss gefördert und ausgebaut werden. Außerdem sollte das Bundeskartellamt gestärkt werden, damit weitere wettbewerbschädliche Konzentrationen in der Ernährungsindustrie und im Handel verhindert werden können.</p>
<p>Ökolandbau</p> <p>Sollte der Ökolandbau stärker gefördert werden?</p>	<p>Wir unterstützen den weiteren Ausbau des Ökolandbaus. Die wachsende Nachfrage soll vorwiegend mit heimischer Ware gedeckt werden können. Die Forschung wollen wir verstärken, um die Ertragsunterschiede zum konventionellen Landbau zu verringern. Regionale ökologische Lebensmittelhersteller müssen bei der Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum berücksichtigt werden. Verbesserte Herkunfts- und Haltungskennzeichnungen sollen die Verbraucher aufklären.</p>		<p>Ja, in Zukunft sollen der ökologische Landbau und Agrarumweltprogramme deutlich intensiver unterstützt werden. Um eine Harmonisierung mit den europäischen Zielen zu erreichen, sollen bis 2030 in Deutschland 30 Prozent der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Dazu brauchen wir eine starke Finanzierung aus der GAP und eine zusätzliche Unterstützung aus Bundesmitteln im Einklang mit unserem Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliches Gemeinwohl“.</p>	<p>Nein. Grundsätzlich haben in der sozialen Marktwirtschaft alle Mitbürger die Möglichkeit, ihre Präferenzen durch ihr Einkaufsverhalten zum Ausdruck zu bringen. Eine Förderung am Markt vorbei lehnen wir grundsätzlich ab. Eine Überfokussierung auf den Ökolandbau würde entweder den Flächenverbrauch der Landwirtschaft extrem erhöhen und zu zusätzlichen Flächennutzungskonflikten führen oder die Nahrungsmittelproduktion senken.</p>
<p>Grüne Agrarpolitik</p> <p>Sind pauschale Reduktionsziele für Dünge- und Pflanzenschutzmittel sinnvoll?</p>	<p>Für so wenig chemischen Pflanzenschutz wie möglich setzen wir auf innovative Ausbringungstechnik und Digitalisierung, alternativen Pflanzenschutz, Resistenzzüchtung auch mit Methoden neuer Technologien sowie eine schnellere Zulassung von innovativen umweltfreundlichen Pflanzenschutzmitteln. Pauschale Reduktionsziele für Dünge- und Pflanzenschutzmittel halten wir dagegen nicht für sinnvoll.</p>		<p>In der Agrarpolitik besteht dringender Handlungsbedarf, um den Herausforderungen im Natur-, Arten- und Gewässerschutz gerecht zu werden. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln muss nachweislich reduziert werden. Dazu setzen wir insbesondere auf gezielte (finanzielle) Anreize. Durch die Reduktion von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wollen wir Gewässer-, Boden- und Luftverschmutzung reduzieren und die bestehende Biodiversität schützen.</p>	<p>Nein. Bauern verwenden Dünge- und Pflanzenschutzmittel grundsätzlich nur nach Bedarf und nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis. An diesem Prinzip wollen und werden wir festhalten.</p>

Die Antworten der Parteien auf unsere Fragen mussten wir teilweise kürzen. Alle Kürzungen und Anpassungen haben wir unter Rücksprache mit den Parteien vorgenommen.

Die hier abgedruckte Reihenfolge der Parteien richtet sich nach der Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag.